

# **Industriepolitisches Arbeitspapier als Beitrag Schleswig-Holsteins zum Gelingen der sicherheitspolitischen Zeitenwende**

## **A. Einleitung**

Der russische Überfall auf die Ukraine ist ein durch nichts zu rechtfertigender Angriff auf ein unabhängiges Land und die gesamte Friedensordnung in Europa und der Welt. Der Zusammenhalt der EU-Staaten, der NATO und die gemeinsam in der EU beschlossenen Sanktionen gegen Russland sowie die militärische Unterstützung zeigen Wirkung. Russland führt einen brutalen Angriffskrieg in der Ukraine, der sich zunehmend gegen die zivile Infrastruktur und Bevölkerung richtet. Ziel dieses Krieges ist zugleich eine Destabilisierung der westlichen Demokratien. Das zeigt sich an ausbleibenden Getreide- und Gaslieferungen, flankiert von Cyberangriffen auf Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen.

Frau Bundesministerin Lambrecht hat im Rahmen ihrer Grundsatzrede zur kommenden Nationalen Sicherheitsstrategie am 12. September 2022 ausgeführt, dass Deutschland und die Europäer von einer Friedensordnung abhängig seien, die sie allein nicht garantieren könnten. Damit wird die Gewährleistung der Bündnisfähigkeit Deutschlands umso wichtiger. Auf Basis des neuen Strategischen Konzeptes der NATO und der kommenden Nationalen Sicherheitsstrategie muss eine klare Kontur für eine industriepolitische Strategie entwickelt werden, wie die nationale Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie einen stärkeren Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit leisten kann. Vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungslage müssen wir dafür sorgen, dass Deutschland in der Lage ist, sich und seine Bündnispartner mit einer gut ausgerüsteten Bundeswehr, der Landes- und Bündnisverteidigung nachkommen kann. Die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen zur Ausstattung des Bundeshaushaltes mit einem „Sondervermögen Bundeswehr“ von 100 Mrd. Euro für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben sowie die angekündigte Umsetzung des 2% -Zieles dienen diesem Ziel.

Die Bundeswehr sowie verbündete Streitkräfte stehen vor neuen Herausforderungen, wofür veränderte sicherheitspolitische, aber auch wirtschaftliche, finanzielle und technologische Rahmenbedingungen zu optimieren sind. Eine moderne, wettbewerbs- und leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist notwendig, um bedarfsgerecht und wirtschaftlich die Ausstattung der Bundeswehr sicherzustellen. Es bedarf einer einsatzgerechten Ausrüstung, die überwiegend von der nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie und in Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern produziert wird. Sie ist notwendige Grundlage für unsere Sicherheitsvorsorge. Eine optimale Ausrüstung der Bundeswehr dient ausschließlich defensiven Zwecken der Bündnis- und Landesverteidigung. Frieden und Sicherheit sind Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben, soziale Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Zur Erreichung der Ziele brauchen wir nicht zuletzt Unternehmen der innovativen und hochentwickelten Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie, von denen wichtige Firmen in Schleswig-Holstein ansässig sind. Diese Unternehmen sind ein Garant für Wertschöpfung und Beschäftigung, sichern hochwertige, überwiegend tarifgebundene Arbeitsplätze und schaffen Perspektiven durch Ausbildung und Weiterqualifizierung. Es ist verteidigungspolitisch geboten, dass die wehrtechnische Industrie in Schleswig-Holstein angesichts ihrer herausragenden Expertise einen Beitrag leistet, um dadurch zugleich Wertschöpfung in unser Land zu holen und Arbeitsplätze zu sichern.

Die regierungstragenden Parteien in Schleswig-Holstein haben in ihrem Koalitionsvertrag die große Bedeutung der Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie für den Wirtschaftsstandort ausdrücklich herausgestellt und anerkannt. Sie werden die Belange der entsprechenden Unternehmen im Land nach Kräften weiter unterstützen.

## **B. Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie in Schleswig-Holstein**

Die 30 größten wehrtechnischen Unternehmen in Schleswig-Holstein beschäftigen rund 7.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dazu kommen etwa 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im indirekten und induzierten Bereich. Der jährliche Wehrtechnikumsatz schwankt abrechnungsbedingt und liegt zwischen einer und zwei Milliarden Euro pro Jahr. Einen besonderen Schwerpunkt gibt es in Kiel; denn von den etwa 11.400 Industriearbeitsplätzen der Landeshauptstadt sind rund 5.300 der wehrtechnischen Industrie zuzurechnen. Die wehrtechnische Kompetenz dieser Unternehmen prägt damit den Industriestandort Schleswig-Holstein und ist ein Pfund, mit dem unser Land auch international wuchern kann. Dies zeigt der hohe Exportanteil vieler wehrtechnischer Unternehmen.

Die schleswig-holsteinischen Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie zeigen sich als Innovationstreiber und haben gute Zukunftsperspektiven. Die erworbene Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungskompetenz wird dabei auch in der Entwicklung und Produktion ziviler Produkte genutzt (spill-over-Effekt), deren Realisierung ansonsten vielfach nicht möglich wäre. Ein Beispiel ist die geplante Munitionsbergungsplattform, an deren Entwicklung Unternehmen aus Schleswig-Holstein maßgeblich beteiligt sind.

Durch Umstrukturierung und Neuausrichtung hat es die Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie in Schleswig-Holsteins zudem in den letzten zwei Jahrzehnten geschafft, mit neuen leistungsfähigen Produkten auf dem Markt zu sein. Die Landesregierung will die Unternehmen dabei unterstützen, ihre Kernkompetenzen zu erhalten und weiterhin Schlüsseltechnologien zu entwickeln.

- In bestimmten Hochtechnologien, wie bei den außenluftunabhängigen Antrieben, Unterwasserwaffen, unbemannten Unterwasserfahrzeugen und Unterwassersensoren, im Überwasserschiffbau und im Bereich Korvetten und Fregatten sowie gepanzerten Fahrzeugen oder modernster Luftfahrtausrüstung, nehmen die Unternehmen aus Schleswig-Holstein weltweit eine Spitzenstellung ein. Sie verfügen über ein breites Spektrum unverzichtbarer nationaler wehrtechnischer Schlüsseltechnologien und

Kernfähigkeiten. Die besondere technologische Kompetenz ist zugleich gekennzeichnet durch die Fähigkeit zur Erfüllung komplexer Systemanforderungen.

- Es gibt aktuell erhebliche Bedarfe bei allen Teilstreitkräften der Bundeswehr, die in den kommenden Jahren gedeckt werden müssen und die eine erhebliche Wertschöpfung für die gesamte Bundesrepublik bedeuten.

Für die deutsche Schiffbauindustrie sind öffentliche Aufträge - sowohl militärische als auch zivile - für Forschungsschiffe oder unterschiedlichste Behördenschiffe nicht nur ein wichtiges Marktsegment, sondern auch entscheidende Referenzen für den Weltmarkt. Insbesondere die mittelständisch geprägten deutschen Werften konkurrieren hierbei mit staatlich kontrollierten Großwerften aus dem Ausland. Deshalb ist es gut und richtig, dass die Bundesregierung vor zwei Jahren nach dem Unterwasserschiffbau nun auch den Überwasserschiffbau als nationale Schlüsseltechnologie definiert hat. Nur wenn das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) die dringend notwendigen Neubauten vergibt, kann die deutsche Schiffbauindustrie von der Definition des Überwasserschiffbaus als nationale Schlüsseltechnologie wirklich profitieren. Der Erhalt einer starken deutschen Marineschiffbauindustrie ist gerade unter sicherheitspolitischen Aspekten für Deutschland von essentieller Bedeutung, wie es u.a. im Strategiepapier der Bundesregierung festgehalten ist.

Im Bereich der Marine wurde fest mit folgenden Vergaben im Rahmen des 100 Mrd. Euro Sondervermögens der Bundesregierung gerechnet, an denen Firmen aus Schleswig-Holstein beteiligt sind:

- 2 - 6 U-Boote 212 CD
- 4-6 Fregatten 126 (früher als MKS 180 bekannt)
- 5 Korvetten 130 (3. Los)

Eine zeitnahe Finanzierungszusage wird auch weiterhin erwartet.

Im Bereich der gepanzerten Fahrzeuge liegt die Systemführerschaft bzw. wesentliche Anteile an mehreren Hauptwaffensystemen der Teilstreitkraft Heer der Bundeswehr sowie von Armeen unserer NATO-Partner oder befreundeter Staaten entwicklungsseitig in Schleswig-Holstein. Dieses ist eine über Jahrzehnte gewachsene Systemkompetenz mit nationaler und internationaler Anerkennung. Mit den in den letzten Jahren üblichen Beschaffungschargen und -laufzeiten und auch der zögerlichen Einführung von Neusystemen ist weder eine nachhaltige Ausstattung der Bundeswehr möglich noch die wichtige Rolle des Referenzkunden dauerhaft vermittelbar. Dieses betrifft sowohl das Serien- als auch das Nachrüst- bzw. Modernisierungs- und Ersatzteilgeschäft. Im Zusammenhang mit dem 100 Mrd. EUR Sondervermögen und dem angestrebten „2% Ziel“ sind insbesondere die Vorhaben von besonderer Bedeutung für die Ausstattung der Bundeswehr und auch für wehrtechnische Land-system Industrie in Schleswig-Holstein:

- Optionsauslösung konsolidierte Nachrüstung aller restlichen Schützenpanzer Puma 1. Los

- Schützenpanzer Puma 2. Los / Nachfolge Schützenpanzer Marder
- Schwerer Waffenträger Infanterie
- Main Ground Combat System / Leopard 2 Nachfolgesystem
- aber auch schwere Unterstützungsfahrzeuge Basis Leopard 2

Eine unverzügliche Beauftragung ist auch für den Zugriff auf die Beschaffungsmärkte und mit Bezug auf angemessene Lieferzeiten zwingend erforderlich.

## C. Handlungsansätze

Um die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu gewährleisten und um den Unternehmen eine belastbare Planungsgrundlage für ihr wirtschaftliches Handeln zu geben, wurden folgende Handlungsansätze definiert:

### 1. Zügige Beschaffung von wehrtechnischem Gerät durch den Bund und verlässliche Planungssicherheit

- **100 Mrd. Euro Sondervermögen**

Die Aufstockung des Bundeswehr-Etats durch die Bundesregierung für die Ausrüstung der deutschen Verteidigung infolge der Geschehnisse des Angriffskrieges auf die Ukraine ist ein sehr wichtiger und richtiger Schritt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Rede vom 27.02.22 eine Zeitenwende für die Bundeswehr verkündet.

Im Zusammenhang mit dem Beschluss des Haushaltsausschusses zu den Entwürfen der Bundesregierung zum Verteidigungshaushalt und zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens für das Jahr 2023 erklärte Bundesministerin Lambrecht, dass das Sondervermögen für die Bundeswehr eine einmalige Gelegenheit sei, die großen Lücken des jahrzehntelangen Sparens zu schließen. Die Bundesregierung werde sie ergreifen, um die Streitkräfte schnell und effektiv zu modernisieren und sie ihrem Auftrag entsprechend für die Zukunft auszustatten. Neben dem Sondervermögen sei es genauso wichtig, den regulären Verteidigungshaushalt im Blick zu behalten und in Richtung 2%-Ziel zu entwickeln.

Die Bundesregierung wird zudem gebeten, sich bei zukünftigen Beschaffungen im wehrtechnischen Bereich für eine Vereinfachung des Vergaberechts und bessere Verfahrensabläufe einzusetzen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die bisherige Praxis zügige und kosteneffiziente Beschaffungen nicht zugelassen hat. Angesichts der aktuellen Bedrohungslage ist eine zügige und umfassende Ausstattung der Bundeswehr mit moderner, schlagkräftiger und funktionierender Ausrüstung aber umso dringlicher.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie braucht Planungssicherheit und eine Perspektive. Die Beschaffungsliste darf nicht zusammengestrichen werden und zwar weder quantitativ noch qualitativ. Nur so kann sichergestellt werden, dass dringend notwendige Investitionen getätigt, die Stärken Deutschlands in Forschung und Entwicklung ausgebaut und die vielen tausend Arbeitsplätze erhalten werden können.

Auch industriepolitisch ist es entscheidend, dass die Unternehmen im Norden an dem 100 Mrd. Euro Programm kurzfristig partizipieren können. Auch deshalb müssen die geplanten Beschaffungen schnellstmöglich umgesetzt und entsprechende Aufträge zügig vergeben werden. Z.B. durch:

- Beschleunigungsmaßnahmen inklusive des Abbaus bürokratischer Hemmnisse beim Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw); bei angemessener Berücksichtigung von Direktvergaben an den wehrtechnischen Mittelstand (KMU)
- Angleichung der nationalen Spezifikationen für Rüstungsgüter und Anpassung an Standards der Bündnispartner;
- schnelle Abarbeitung und Abnahme insbesondere von Reparaturaufträgen beim Marinearsenal bzw. der übergeordneten Behörde.

## **2. Wertschöpfung und Leistungsfähigkeit im Land halten**

Für die Leistungsfähigkeit der wehrtechnischen Industrie in Deutschland ist es von großer Bedeutung, dass die bestehenden Fähigkeiten der Unternehmen auch in nachfolgenden Programmen eingebracht werden können. Wenn im Rahmen des „Foreign Military Sales“-Verfahrens (FMS) alle Leistungsanteile durch die US-Regierung und die amerikanische Industrie erbracht werden, steht zu befürchten, dass damit eine entsprechende Wertschöpfung in Deutschland verloren geht. Die Bundesregierung wurde bereits gebeten, die deutsche Industrie im Rahmen der Beschaffungsprozesse zu berücksichtigen und entsprechende Forderungen in den FMS-Verfahren zu benennen. Nur so können Fähigkeiten in der Betreuung der Systeme, technologische Expertise gesichert und Arbeitsplätze in Deutschland langfristig erhalten werden.

Es wird sich für eine Koordinierung der nationalen Beschaffungsvorhaben auf europäischer Ebene ausgesprochen. Durch die gemeinsame Entwicklung, Beschaffung und Nutzung von Rüstungsgütern werden Kosten gespart und zugleich die Verteidigungsfähigkeit erhöht. Die aktuelle Krise bietet eine gute Gelegenheit zum Aufbau eines europäischen Verteidigungsmarktes. Dabei ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass eine starke wehrtechnische Basis die Grundlage für europäische Kooperationen auf Augenhöhe bildet und entsprechend geschützt werden muss.

## **3. Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportbestimmungen**

Aufgrund der verstärkten europäischen und transatlantischen Rüstungsk Kooperationen bedarf es zur Sicherung der Chancengleichheit im internationalen Wettbewerb dringend einer Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportbestimmungen („level playing field“). Nur so kann die Kooperations- und Wettbewerbsfähigkeit der wehrtechnischen Industrie erhalten werden.

Ein zukünftig deutsches Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) darf einer europäischen Harmonisierung nicht entgegenstehen. Hier sollten gemeinsame europäische Rüstungsexportbestimmungen den Rahmen bilden, innerhalb dessen sich ein nationales REKG einbettet.

Im Rahmen der zu entwickelnden Nationalen industriepolitischen Strategie sind geeignete institutionelle Unterstützungsinstrumente zu entwickeln.

#### **4. Verlässlichkeit von Exportgenehmigungen**

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wartet dringlich auf die Auftragsvergaben im Rahmen des 100-Mrd. Euro Sondervermögens zur Schaffung regionaler Wertschöpfung. Allerdings generieren diese Unternehmen einen Großteil ihres Umsatzes auch aus Exporten. Damit haben die Exportgenehmigungsverfahren für die Branche eine herausragende Bedeutung für deren Existenzsicherung. Aktuell ziehen sich die Verfahren aber zum Teil über mehrere Jahre und Genehmigungen werden zögerlich erteilt.

Die Genehmigungsverfahren müssen auf Basis demokratisch legitimierter Entscheidungen planbarer und zuverlässiger und dort wo möglich schneller umgesetzt werden. Sollte eine Beschleunigung auf diesem Wege nicht gelingen, ist zu prüfen, ob und wie aus Sicht der Unternehmen die Einführung einer Genehmigungsfiktion ein sinnvolles Instrument sein kann.

#### **5. Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten der wehrtechnischen Industrie**

Die aktuellen Finanzierungsbedingungen für die wehrtechnischen Unternehmen haben sich verschlechtert. Die ESG-Kriterien („Environment, Social und Governance“) haben in der Finanzbranche eine wachsende Bedeutung, da immer mehr Banken bestimmte Unternehmen oder Branchen, die die Kriterien nicht erfüllen, bei der Finanzierung oder beim Investment ausschließen (sog. Negatives Screening oder Ausschlussprinzip). Ausschlusskriterien sind mittlerweile gängige Praxis bei größeren Banken und die häufigste Form der Umsetzung der ESG-Kriterien.

Da die Ausrüstung von Streit- und Sicherheitskräften Teil der Sicherheitsvorsorge Deutschlands ist, sollte dies bei der Beurteilung der Finanzierungsbedingungen berücksichtigt werden.

So kann das von der KfW und der Investitionsbank Schleswig-Holstein genutzte Mapping für Finanzierungsentscheidungen (auf Basis der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen) entsprechend angepasst werden, um Banken Anreize für eine Finanzierung zu bieten. Von den 17 darin deklarierten Zielen bietet sich dafür das Ziel SDG 16 „Frieden und starke Institutionen“ an. Denn das erklärte gesellschaftliche Ziel nach Frieden kann nur mit einer funktionierenden Verteidigung und Rüstungsindustrie sichergestellt werden.

Weitere Maßnahmen wären die Einrichtung eines besonderen Darlehensprogramms für Rüstungsunternehmen seitens der KfW und die Übernahme von Bürgschaften durch den Bund.

## **6. Nationale Betreuungsfähigkeit**

Um den Rückfluss von Verteidigungsinvestitionen in die deutsche Volkswirtschaft zu gewährleisten und die über lange Zeit aufgebauten wehrtechnischen Fähigkeiten und Kapazitäten in Deutschland zu erhalten, ist bei Aufträgen an ausländische Unternehmen oder Regierungen mindestens eine nationale Betreuungsfähigkeit bzw. ein ausreichender „return of investment“ sicherzustellen. Ohne eine flankierende politische Unterstützung und eine strategisch zwischen Politik, Militär und Wirtschaft abgestimmte Vorgehensweise wird es immer schwieriger, eine deutsche Beteiligung bei großen ausländischen Projekten erfolgreich durchzusetzen. Nur mit einer gesicherten Standortperspektive wird sich die Verteidigungsindustrie in Schleswig-Holstein den zukünftigen Herausforderungen erfolgreich stellen können.

Die Bundesregierung plant die Ausgabe zweistelliger Milliardenbeträge für die Beschaffung US-amerikanischer Waffensysteme, wie dem Kampfflugzeug F-35 oder dem Schweren Transporthubschrauber CH-47. Diese beabsichtigt sie über das sogenannte -Foreign Military Sales (FMS) Verfahren direkt bei der US-Regierung zu erwerben. Aus logistischen, industriepolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen ist es in solchen Fällen international gängige Praxis, sich bei der Betreuung solcher Systeme auf die heimische Industrie abzustützen. Dadurch soll deren materielle Einsatzbereitschaft gesichert-, industrielles Know-how und hochwertige Arbeitsplätze erhalten- sowie ein Rückfluss der investierten Steuergelder in die eigene Wirtschaft gewährleistet werden. Aus Sicht der Industrie ist momentan nicht feststellbar, dass die Bundesregierung eine vergleichbare Strategie verfolgt, um sich umfassend auf die heimische Industrie abzustützen.

Kiel, 05.12.2022